

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3996

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3996



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der aktuelle Freitags-Kommentar
vom 3. Juni 2022

Machen Sie mit:

>> [Spenden](#)

>> [Schweizerzeit-Magazin abonnieren](#)

Regenbogen-Aktivismus und «Pride Month»

Sie übertreiben es

von Anian Liebrand, Redaktion «Schweizerzeit»

Auch in diesem Juni findet wieder der «Pride Month» statt. Ausgerufen von der LGBT-Lobby («Nichtheterosexuellen»-Verbände), zieht dieser Aktionsmonat auch in der Schweiz immer grössere Kreise: Medien, Politiker und Konzerne – alle wollen sie wieder mit dabei sein, wenn das grosse «Pinkwashing»- und Regenbogen-Spektakel inszeniert wird.

Ein Schelm, wer hinter all den symbolischen Gesten finanzielle Interessen und Klientel-Politik vermutet.

Die «Pride»-Bewegung stammt aus der amerikanischen Lesben- und Schwulenbewegung. Ihren Anfang nahm sie Ende der 1960er-Jahre, als sich sexuelle Minderheiten in der New Yorker Bar «Stonewall Inn» gegen regelmässige Polizeirazzien zu organisieren begannen.

Nichtheterosexuelle wurden zu dieser Zeit auch in der westlichen Welt oftmals ungerecht behandelt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Von daher ist es aus heutiger Sicht auch völlig in Ordnung, dass sich Betroffene gegen die Ausgrenzung gewehrt und mehr Akzeptanz gefordert haben. «Pride» (deutsch: Stolz) entwickelte sich zum Sammelbegriff für das Lebensverständnis der **LGBT**-Bewegung (**L** = Lesbisch, **G** = Gay / Schwul, **B** = Bisexuell, **T** = Transsexuell). Der Begriff steht für einen «selbstachtenden und damit stolzen Umgang mit der eigenen sexuellen Identität».

LGBT-Community als Polit-Macht

Heute werden nichtheterosexuelle Minderheiten in einigen Kulturkreisen und Staaten (vorwiegend in der muslimischen Welt) noch immer unterdrückt. In Europa und Nordamerika hat sich das Blatt hingegen längst gewendet. In Funk und Fernsehen wie in der Unterhaltungsindustrie sind sie omnipräsent. Die LGBT-Organisationen haben sich als eine politische Macht etabliert, die exaltierte Forderungskataloge entwickelt und diese mit offensiven Methoden durchsetzt. Das aktuelle schweizerische Parlament liest der «Community» praktisch jeden Wunsch von den Lippen ab und verschafft ihr in zentralen Fragen bisher nicht für möglich gehaltene Mehrheiten (Erweiterung der

Rassismus-Strafnorm auf sexuelle Minderheiten, Gewährung eines Anspruchs auf Kinder, Ehe für alle etc.).

Selbstverständlich sind auch unter Homo-, Bi-, Trans- und Anders-Sexuellen unterschiedlichste politische Haltungen vertreten – die sexuelle Orientierung hat ja schliesslich nichts mit der politischen Einstellung zu tun. Die Promotoren der LGBT-Community nehmen für sich aber in Anspruch, im Namen aller zu sprechen, wenn sie ihren unterschwellig vorwurfsvollen Konfrontations-Aktivismus ausleben. Im links-grün-urbanen Milieu verankerte Schreihälse geben den politischen Takt vor. Wer widerspricht oder sich von einzelnen Forderungen abgrenzt, wird schnell als Verräter ausgegrenzt, wie schon zahlreiche homosexuelle SVP-Politiker erfahren mussten. Mehr «Diversity» (Diversität) wird zwar gerne von der Mehrheitsgesellschaft eingefordert – selber gelebt wird sie von vielen LGBT-Aktivisten nicht unbedingt.

Regenbogen-Hype

Trotz all dieser Ungereimtheiten, die interessierten Beobachtern – auch in LGBT-Kreisen – längst aufgefallen sind und sogar Sympathisanten Sorgen bereiten, befindet sich die LGBT-Szene in einem Hoch. Wer etwas auf sich hält, positioniert sich heute gerne auf ihrer Seite – besonders auch hierzulande. Nun, da sich durchgesetzt hat, im Juni den «Pride Month» zu begehen, beflaggen wieder zahlreiche Städte und Gemeinden ihre Rats- und Gemeindehäuser mit Regenbogen-Flaggen.

Der Regenbogen – eigentlich ein christliches Symbol, das für die Verbindung Gottes mit den Menschen steht – hat sich längst als Identifizierungsmerkmal der LGBT-Lobby etabliert.

Bei ihren Sympathisanten und Gutmenschen aller Schichten gehört es zum guten Ton, ihre Zugehörigkeit zu demonstrieren, indem man die eigenen Profilbilder in den sozialen Medien regenbogenfarbig präsentiert.

Tragischerweise stellt der Regenbogen-Hype diese Kreise zurzeit vor ein Dilemma – konkurrenziert der Regenbogen doch die blau-gelben Sympathiebekundungen mit der Ukraine, welche die sozialen Netzwerke seit dem Kriegsausbruch dominieren...

Politisch korrekte Konzerne

Auch immer mehr Konzerne und Grossunternehmen scheinen sich zu erhoffen, dass sich eine demonstrativ vermarktete LGBT-Affinität in diesen Zeiten image- und letztlich umsatzsteigernd auswirken könnte. Zu den diesjährigen Sponsoren und Partnern der «Zürich Pride», des grössten LGBT-Festivals der Schweiz, gehören illustre Firmen wie Credit Suisse, UBS, die Zürcher Kantonalbank, Coca-Cola und Swisscom.

Letztere ruft zudem allen, die ihre TV-Dienste nutzen, tagtäglich in Erinnerung, dass jetzt der «Pride Month» stattfindet, indem sie die Fernsehbildschirme oben rechts mit einem Regenbogen einfärbt...

Das Möbelhaus Ikea führte im Herbst 2021 gar eine eigene Abstimmungskampagne für ein Ja zur «Ehe für alle», zuvor machte sich Coca-Cola Schweiz mit einer Werbekampagne für die Annahme der Erweiterung der Rassismus-Strafnorm stark.

Wie glaubwürdig sind solche Engagements grosser Unternehmen tatsächlich? Respekt hätten Coca-Cola, Credit Suisse oder Ikea verdient, wenn sie ihre Kampagnen für Schwulen- und Trans-Rechte in Saudi-Arabien, im Iran oder in China lancieren würden. In fünfzehn Staaten der Welt steht auf Homosexualität die Todesstrafe. In solchen Ländern für Diversity und LGBT-Anliegen zu werben – das wäre mutig und verdienstvoll. In der freien Schweiz, wo heute viel eher Gefahr läuft, ausgegrenzt und diskriminiert zu werden, wer sich der allgegenwärtigen Homo-Propaganda nicht restlos unterwirft, wirken durchstudierte PR-Floskeln à la «blau ist bunt» (Zürcher Kantonalbank) dagegen allzu durchsichtig. Der Verdacht, mit solchen Marketing-Strategien «Pinkwashing» zu betreiben, lässt sich nicht von der Hand weisen.

Extreme Ideologie

Den thematischen Schwerpunkt des diesjährigen Pride-Aktivismus in der Schweiz bilden übrigens Forderungen nach mehr Rechten für «Trans-Menschen». Mit der Behauptung, diese sich anteilmässig zur Gesamtbevölkerung im Promille-Bereich befindende Minderheit werde in der Schweiz «systematisch diskriminiert» offenbaren die Taktgeber der LGBT-Lobby ihre Radikalität.

Ein Rechtsstaat ist verpflichtet, die Geschlechtszugehörigkeit von Menschen an die biologischen Komponenten zu knüpfen. Wenn wir uns in der Schweiz den absurden Plänen der Trans-Aktivisten anschliessen, werden auch wir bald Zustände haben, dass biologisch eindeutig als Männer identifizierte Menschen über eine Frauenquote in Ämter gelangen – wie vor einigen Monaten in Deutschland passiert, als eine selbsternannte «Transfrau» als Vertreterin des Grünen Bündnisses in den Bundestag eingezogen ist...

Kulturkampf

Man muss es offen benennen: Hinter der bunt-fröhlichen Fassade der LGBT-Lobby tummeln sich mitunter fanatische Elemente, welche den gesellschaftlichen Frieden bedrohen. Davon ermutigt, sich moralisch im Recht zu befinden und von vielen Medien und der Classe politique protegiert zu werden, agitieren Teile von ihnen immer aggressiver.

Die angestrebte Zerstörung der deutschen Sprache durch Gendern scheint dabei noch das Harmloseste zu sein. Ende April stürmten sog. «Queer-Aktivisten» gewaltsam einen Vortrag an der Universität Genf, weil ihnen die hierbei diskutierten Themen nicht genehm waren. Ein Jahr zuvor störten ähnliche Kreise die Einreichung des «Ehe für alle»-Referendums in Bern. Hier bahnt sich die Ausbreitung einer extremistischen Ideologie an, die unsere Gesellschaft herausfordert: Ein von destruktiven Kräften angeheizter Kulturkampf gegen alles Bestehende.

Wer stellt sich dieser Entwicklung entgegen – und wer kuscht vor dem Zeitgeist? Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden die Antworten darauf liefern.

Anian Liebrand